

Politische Bücher

Die fremden Deutschen

Flüchtlinge, Übersiedler, Aussiedler

Klaus J. Bade (Herausgeber): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Westfälischer Heimatbund, Münster 1990. 160 Seiten, 14,80 DM.

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik (in den Grenzen bis zum 2. Oktober 1990) entstammten gut 30 Prozent der Wohnbevölkerung der Zuwanderung seit 1945. Bis 1950 kamen 8,1 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, zwischen 1949 und Ende 1988 rund 4,3 Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR, von 1951 bis 1988 etwa 1,6 Millionen Aussiedler aus Osteuropa. Im Jahre 1989 wurden mehr als 0,7 Millionen Flüchtlinge, Aus- und Übersiedler registriert, und der Zustrom setzte sich – zunächst sehr kräftig – auch 1990 fort. Neben diesen 15 Millionen Menschen und ihren Nachkommen steht eine Ausländerbevölkerung von knapp 5 Millionen, die zu zwei Dritteln auf die Gastarbeiterwerbungen der Jahre 1955 bis 1973 zurückgeht – insgesamt kamen seit 1955 14 Millionen Gastarbeiter in die Bundesrepublik, aber die meisten kehrten nach einiger Zeit wieder in die Heimat zurück. Die Migrationsbewegungen, von denen Westdeutschland in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts berührt wurde, hatten eine Größenordnung, die in ihrem Ausmaß unter den Industriestaaten einzig ist.

In dem vorliegenden, von dem Osnabrücker Neuhistoriker und Wanderungsforscher Bade betreuten sehr lesenswerten Bändchen geht es um die Flüchtlinge, Vertriebenen, Aus- und Übersiedler. Der Herausgeber und fünf andere Autoren legen hier Erträge ihrer Forschungen zu den mit diesem immensen Zustrom verbundenen Eingliederungsproblemen vor.

Volker Ackermann erörtert den Begriff der Integration. Er zeigt, daß dieser Terminus und ähnliche Ausdrücke bis Ende der fünfziger Jahre amtlich gern vermieden wurden, weil man die bei der Eingliederung der Flüchtlingsbevölkerung erzielten Erfolge mit Blick auf die Weltöffentlichkeit nicht eigens herausstellen wollte. Die Integration im vollen Sinne – gleichberechtigte Einfügung in das politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche System Westdeutschlands – war gewiß ein langwieriger

Vorgang, aber sie war auch damals schon auf gutem Wege.

Die einzelnen Phasen des Hineinwachsendens der Hinzugekommenen in die Aufnahmegesellschaft bespricht Ulrich Tolksdorf. Er nennt sechs doch wohl sehr akademisch gewonnene Stufen und notiert, daß die einzelnen Flüchtlingsgruppen heute einen hohen Akkulturationsgrad erreicht haben. Bei der Lektüre seines Beitrags wird man den Verdacht nicht los, daß der Autor ziemlich eigenwillige Vorstellungen von Vorkriegsdeutschland hat und offenbar zwischen Ost- und Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburgern und Schlesiern auf der einen, den Westdeutschen auf der anderen Seite erhebliche Unterschiede sieht. Immerhin gehörten alle diese Menschen einem gemeinsamen, wenn auch reich differenzierten Kulturraum an, und im 19. Jahrhundert waren die Deutschen auch politisch schnell zu einer Nation zusammengewachsen. Tolksdorf veranschlagt das kaum. Sein Vergleich mit der Situation von Einwanderern in den Vereinigten Staaten geht an den Realitäten vorbei.

Anschaulich beschreibt Rainer Schulze das spannungsreiche Verhältnis der 59 000 Einheimischen und der 43 000 Flüchtlinge und Vertriebenen im Kreis Celle bis etwa 1950; er ist in der Lage, sich auf detaillierte damals niedergeschriebene Berichte stützen zu können. Das Unverständnis der beiden Bevölkerungsgruppen füreinander war groß, und die Feindseligkeit wuchs auf Seiten der Einheimischen, als immer wahrscheinlicher wurde, daß die Neuankömmlinge dauerhaft bleiben müßten. Der Landkreis Celle war tiefste Provinz. Hier gemachte Beobachtungen kann man nicht ohne weiteres verallgemeinern. Andere Verhältnisse bestanden etwa in den Industriezonen Nordrhein-Westfalens, deren Bevölkerung sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert selbst aus kräftigen Zuwanderungen gespeist hatte. Uwe Kleinert behandelt am Beispiel dieses Bundeslandes die Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen für den Arbeitsmarkt. Er bescheinigt ihnen eine hohe Bedeutung für die Entwicklung des Landes und bestätigt damit frühere Forschungsergebnisse anderer Autoren.

Über die vielfältigen Flüchtlingsorganisationen, die schon in der zweiten Hälfte

der vierziger Jahre bestanden – die erste wurde offenbar im Juni 1945 in Hamburg von dem später prominenten Vertriebenenpolitiker Linus Kather gegründet – berichtet Johannes-Dieter Steinert. Die erstaunlich zahlreichen Vereinigungen der Flüchtlinge existierten die meiste Zeit in einer Grauzone, sie waren nicht erlaubt, wurden aber toleriert, sofern sie nicht allzu politisch wurden. Das Verbot entsprang interessanterweise Wünschen der deutschen Behörden, die Zusammenschlüsse von Flüchtlingen für wenig berechenbar hielten und politische Arbeit allein in den lizenzierten Parteien wollten.

Bade lenkt den Blick auf die Aussiedler aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion. Unter den Motiven für die schließlich lawinenartig wachsende Ausreise hebt er mit Recht die kulturellen hervor: die jahrzehntelange Verweigerung oder massive Beeinträchtigung von Minderheitenrechten. Die Unterdrückung der kulturellen Identität sei der entscheidende Grund für den Weggang und habe sehr viel mehr Gewicht als jede ökonomische Erwägung. Eindringlich legt er dar, in welche komplizierte Einwanderungssituation diese Menschen in der Bundesrepublik oft geraten.

Das leitet über zu dem Schlußbeitrag. Bade verweist hier auf die Schwierigkeiten, die die großen Aussiedlerzahlen nicht nur für die Neuankömmlinge, sondern auch für die Aufnahmegesellschaft zur Folge haben. Im Extremfall begegne der in der Bundesrepublik geborene und deutschsprachige Sproß einer Gastarbeiterfamilie ohne deutschen Paß einem fremdsprachigen Aussiedler mit Bundespersonalausweis. Die Einwanderungssituation schaffe auf beiden Seiten Belastungen, ökonomische und soziale Ängste der Einheimischen seien ernst zu nehmen. So plädiert Bade dafür, mit dem Versteckspiel vor der Wirklichkeit aufzuhören und die Immigrationsfrage systematisch anzugehen. Die Schaffung angemessener Forschungsmöglichkeiten zu diesem differenzierten Fragenkreis hält er für ebenso geboten wie die Bündelung der administrativen Fragen auf hoher Ebene durch Gründung eines ressortübergreifenden Amtes für Migration und Integration.

HANS FENSKE